

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkontor: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Zeitungspreis: frei liegend einschließlich Frangierlohn vom 18. bis 31. August 500 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000.— M. Einzelnummer 4000.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die übergelappte Nonpareilzeile 50 000.— M. auswärts 60 000.— M. die 6 gesp. Zeilenzeile 200 000.— M. auswärts 250 000.— M. Ausland 200 000 u. 600 000 M. bei mehrmal. Aufg. Ermäßig. Familienanzeigen: 1. Stelle u. 2. Stelle je 40 Proz. Rab. für Brieflieferer, 80 000 M.

Nr. 192

Dresden, Sonnabend den 18. August 1923

34. Jahrg.

Fort mit Habenstein!

Sozialdemokratisches Ultimatum an den Ruinierer der Mark

Im Vorwärts wird folgender, zweifellos mit der Partei- und Fraktionsleitung vereinbarte Vorstoß gegen den Hauptschuldigen am deutschen Finanzverfall gemacht:

Das erneute Hinastreiben des Dollars auf mehr als 4 Millionen Mark, die gewaltige Unruhe, die damit wieder in den Devisen- und Warenmarkt hineingetragen worden ist, ist das Werk Habensteins. Er hält absolut fest an seinen Papiermarkkrediten und durchkreuzt damit alle Finanzmaßnahmen und jeden Versuch, dem Markverfall Einhalt zu gebieten. Durch die neuen Steuererlasse mit ihren hohen Sätzen und ihren schnellen Zahlungssterminen sollte eine Knappheit am Geldmarkt erzeugt werden. Das hätte den Verkauf von Devisen, Effekten und Waren zur Folge haben müssen, ein Sinken der Preise dafür und eine Entspannung unserer inneren Lage.

Einige Tage schien es auch so, als ob dieses Ergebnis erzielt würde, der Geldmarkt war fest, die Zinssätze stiegen, die Devisen- und Effektenkurse gingen zurück, die Preise für Auslandsprodukte folgten zögernd. Das alles ist mit einem Schlag wieder gemacht worden, weil Herr Habenstein die Papiermark in Billionenbeträgen zur Verfügung stellt, die zum Durchhalten von Devisenbeständen, Effekten und Waren erforderlich sind. Ein Beispiel: Ein Kaufmann meldet, wie üblich, einen höheren Devisenbedarf an, als er ihn tatsächlich hat, weil er mit einer Zuteilung von nur 10 Prozent rechnet. Statt dessen erhält er 40 Prozent seiner Anmeldung. Nun ist er in Verlegenheit, denn so viel Papiermark besitzt er nicht, um diesen Betrag zu zahlen. Er geht insofolgedessen zu Herrn Habenstein und leiht sich diese Beträge, so daß er seinen Devisenbedarf vergrößern kann, anstatt ihn abstoßen zu müssen.

Seit Jahr und Tag weist die Sozialdemokratie auf diese unheilvollen, unter den heutigen Umständen absolut unerträglichen Verhältnisse hin. Es ist ein vergebliches Bemühen, wenn gewisse Kreise, die allerdings an der Geschäftspolitik der Reichsbank auf Kosten des ganzen Volkes Riesengewinne gemacht haben, von angeblichen Besorgnissen des Auslandes wegen Habensteins möglichem Rücktritt zu „berichten“ wissen. Derartige Notizen tragen schädlich den Stempel „Wade in Germany“. Außer Helfferich und seinen Freunden auf der äußersten Rechten und außer einigen Größtverdienern, die auch am letzten Verdröseln der Mark noch verdienen wollen, hat in Deutschland keine politische Partei und keine wirtschaftliche Organisation zur jetzigen Leitung der Reichsbank das Vertrauen, daß sie den ungeliebten schweren Aufgaben unserer Lage im ernstesten gewachsen ist.

Die Unabhängigkeit ist von Habenstein nicht zur Hemmung der Notensatz benutzt worden, sondern zur Vermehrung. Indem er alle Sanierungsmaßnahmen bekämpft, jedem Markspekulanten Milliardenkredite in Markwährung gab, schuf er jenes Meer von Habensteinrußeln, in dem die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk zu ertrinken drohen. Habenstein würde — obwohl unbewußt, aber das ist um so schlimmer — zum besten Helfersheifer Polcarés.

Wir halten es deshalb für unerträglich, daß in der Leitung der Reichsbank Methoden und Personen, denen längst das allgemeine Mißtrauen der weitesten Kreise des deutschen Volkes und nahezu des ganzen Reichstages dokumentiert ist, sich gegen diesen Willen auf Grund rein formeller Bestimmungen im Amt erhalten. Wir erklären deshalb:

Welchen Habenstein und Glaserapp ihr Abschiedsgesuch nicht binnen drei Tagen ein, so wird die sozialdemokratische Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages mit dem einzigen Zweck der Beseitigung des entsprechenden Paragraphen des Autonomiegesetzes der Reichsbank verlangen. Die Sozialdemokratie kann und will Deutschlands Schicksal auch nicht eine Woche länger in Händen lassen, denen sie in Uebereinstimmung mit allen Regierungsparteien eine Fähigkeit zur Lenkung dieser Geschäfte in solcher schweren Zeit nicht zutrauen. Söher als die Mühsicht auf Erzeugnissen steht uns das Schicksal des deutschen Volkes.

Die Kreditpolitik der Reichsbank

In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurden zunächst die letzten vom Reichstag beschlossenen Gesetzesvorlagen ohne Einspruch zur Kenntnis genommen. Der Entwurf einer Verordnung über Erhöhung des Notenausgaberechts der Privatnotenbanken gab dem Reichsbankpräsidenten Habenstein Gelegenheit zu längeren Ausführungen über Zahlungsmittelnot und Kreditpolitik.

Der Ausschuh des Reichsrates will, entsprechend der Regierungsvorordnung, eine fünffache Erhöhung der Notenausgabe der in Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden bestehenden Privatnotenbanken zulassen, während die Vertreter dieser Länder die zwangigfache Erhöhung beantragten. Reichsbankdirektor Habenstein wandte sich gegen diesen Antrag: Schwere Bedenken gegen eine derartige Erhöhung der Notenausgabe der Privatnotenbanken liegen nicht nur bei der Reichsbank, sondern auch bei den Reich und Reich. Die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Zahlungsmittelkrise kann nicht zur Begründung des Antrages angeführt werden. Diese Krise kann man nur mit schnellen Notmaßnahmen bekämpfen. Die Zahlungsmittelkrise wird auch in wenigen Tagen behoben sein. Die Reichsbank gibt heute bereits täglich 20 Millionen neues Geld heraus, davon in großen Scheinen über 5 Millionen. Sie wird in nächster Woche auf 40 Millionen täglich gekommen sein, davon 18 Millionen große Scheine. Der gesamte Notenumlauf ist jetzt 68 Milliarden. Wir werden also in den nächsten Tagen den Antrag können nur den Privatnotenbanken

wenigen Tagen zwei Drittel dieses Gesamtumlaufes täglich eine erweiterte Kreditmöglichkeit geben, und darin liegt eine große Gefahr. Die 16 Banken, die die Privatnotenbanken nach dem süddeutschen Antrage statt der von der Regierung angebotenen 4 Millionen herausbringen wollen, sind so viel, wie die gesamten Kredite, die die Reichsbank heute der deutschen Wirtschaft gibt. Eine solche Ausgabe der Privatnotenbanken wäre also eine Quelle neuer schwerer Inflation. Wir sind jetzt dazu übergegangen, einen sehr viel stärkeren Riegel gegen die Ausnutzung der Reichsbankkredite vorzuschlagen. Wir beschränken uns auf die wirtschaftlich unbedingt gebotenen Kredite und geben die Kredite aus erster Hand in der Regel nur werbefähig, weil wir das herausziehen wollen, was an überschüssigen Devisen vorhanden ist. Eine Notenausgabe der Privatnotenbanken in dem beantragten Umfang würde die ganze Kreditpolitik des Reiches und der Reichsbank vereiteln. Der Ausschuhentwurf wurde dann gegen die Stimmen Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens abgelehnt und die Regierungsvorordnung angenommen.

Bei der Erhöhung der Abgabe von der Lohnsteuer

ist der Reichstag über die ursprüngliche Verordnung, die eine Verdröselung der Augustkrise vorsah, mit Rücksicht auf das weitere Sinken des Geldwertes zu einer Berücksichtigung der Abgabe geschritten.

Zeigner und Stresemann

Berlin, 17. August. Amlich wird kundgemacht: Der Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsfinanzministers eine ausführliche Aussprache mit dem sächsischen Ministerpräsidenten. Gegenstand dieser Aussprache waren die Verhältnisse in Sachsen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Der sächsische Ministerpräsident wies auf die große Erregung der sächsischen Arbeiterbevölkerung hin, die sich aus der allgemeinen Notlage des Landes besonders hart betroffenen Industrielandes Sachsen ergeben hat und die mit polizeilichen Mitteln allein nicht bekämpft werden könne. Vorstehende Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art seien erforderlich. Der Ministerpräsident betonte ferner den festen Willen der sächsischen Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang erwähnte er den Aufruf der sächsischen Regierung an die Bevölkerung und Anweisungen des sächsischen Justiz- und Innenministers. Uebereinstimmend ergab sich darüber, daß zur schnellen Wiederherstellung normaler Zustände es verneht werden müßte, die bisherigen bedauerlichen Vorgänge zu politischen Zwecken auszunutzen, wie dies teilweise in der Presse geschehen ist.

Im ganzen stellte der Reichskanzler die volle Zustimmung des sächsischen Ministerpräsidenten dazu fest, im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Grundlagen der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen.

Die Unterredung des sächsischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler und Mitgliedern des Reichskabinetts

Wer kann da widerstehen!

Die R. P. D. müßte nicht die Partei unreiner Agitation und Negation sein, wenn sie nicht verachtete, den Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung zur Zerstückelung der Sozialdemokratie auszunutzen. Der Landesvorstand Sachsen der Kommunistischen Partei erklärt in seinen Blättern wieder einmal einen Aufruf, der sich scharf gegen die Sozialdemokratie wendet und die sächsischen Arbeiter auffordert, das Bündnis zwischen sich und der Sozialdemokratie zu gerschneiden. In welcher wahrheitsliebender Art der Aufruf drauflos donnert, davon hier eine Probe:

Gerade aus einer Partei, die jeden Streikbruch deckt, die den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt und deren Führer hungernde Proletarier kaltblütig abschlagen lassen!

Die sächsische Regierung ist durch die Bildung der Großen Koalition im Reiche vor eine neue Entscheidung gestellt. Die Regierung arbeitet objektiv für ein Bündnis mit Stresemann. Sie hat die Massenkraft der letzten Tage nicht ausgenutzt gegen das Unternehmertum. Sie ist feig vor allen Zwangsmahnahmen zurückgetreten. Von ihren eigenen Führern ist der sächsischen Sozialdemokratie der Kontrast durch die Politik der Großen Koalition angekündigt worden. In der Führung der revolutionären Massenbewegung wird die kommunistische Partei auch über die „linke“ Zeigner-Regierung hinweg zur Arbeiter- und Bauernregierung vorstoßen. Tretet ein in die kommunistische Partei! Kämpft mit uns für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Welcher sozialdemokratische Arbeiter, welcher Angestellte und Beamte kann da noch widerstehen? Wie kann man einen Augenblick zögern, heute einer Partei beizutreten, die gleichzeitig revolutionär und reaktionär, nationalistisch und international ist? Ginein in die R. P. D.: Sie kann alles, sie macht alles. Sie liebt, sie tötet! Sie geht zwar keine Koalition mit Volksparteikern ein, aber sie ist bereit, mit den Völkischen und den „ehelichen nationalen Kreisen“, wie die kommunistischen Blätter höflich schreiben, zusammenzugehen. Sie ist zwar von einer reichlichen Zahl jüdischer Führer geleitet, aber sie weiß sich zu überwinden

galt in erster Linie den Vorwürfen, die vom Genossen Dr. Zeigner gegen das Reichswehrministerium erhoben worden sind. Die Reichsregierung hat den Wunsch, diese Fragen zunächst intern zu besprechen, und es ist eine Verständigung darüber erzielt worden, daß das Reichskabinett erst selbst dazu Stellung nehmen soll, bevor weitere Veröffentlichungen erfolgen.

Die Besprechung hat den Eindruck verstärkt, daß das Reichskabinett den guten Willen hat, sich mit der sächsischen Regierung zu verständigen. Besonders die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung traten mit großer Entschiedenheit für eine Verständigung ein.

Mit welchen Mitteln übrigens versucht wurde, die Reichsregierung gegen Sachsen aufzubuttschen, geht aus der Nichtigstellung hervor, die die sächsische Staatszeitung gegenüber bürgerlichen Pressemeldungen bringt. Danach ist es falsch, daß der Reichskanzler Vertreter der sächsischen Wirtschaft am 15. August zugesagt haben soll, noch an demselben Tage in einer Kabinettsitzung eine Entscheidung über die Verhältnisse in Sachsen herbeizuführen. Die Vertreter der sächsischen Wirtschaft sollen, nach einem Bericht der sächsischen Gesandtschaft, auch behauptet haben, bei einer Besprechung am 14. August habe der sächsische Ministerpräsident auf ihre Frage, was sie denn zu ihrem Schutze tun sollten, erklärt, vielleicht sei hierzu das Reich in der Lage; aus diesem Grunde seien sie nach Berlin gekommen, um beim Reich Hilfe zu suchen. Falls dies zutrifft, würden die Mitglieder der Deputation den Reichskanzler falsch informiert haben. Die sächsische Regierung hat keinen Anlaß, ein Eingreifen des Reiches (d. h. der Reichswehr) zu wünschen. Ein solches würde vielmehr — wie der Ministerpräsident schon am 14. August den mit ihm beratenden Vertretern der Industrie in der eindeutigen Weise gesagt hat — ganz unberechenbare Folgen haben.

Angebliehe Stilllegung von Zeitungsdruckerien

Nach einer Meldung des Dresdner Anzeigers haben die Zeitungsdrucker von ganz Mitteldeutschland beschlossen, wegen des unerfüllbaren Tarifwunsches von 80 Millionen an der Spitze des alten Buchdruckerbundes zu kündigen und die Betriebe zu schließen. Es soll versucht werden, durch einen regionalen Tarif diese Kräfte zu überwinden. Eine weitere Meldung desselben Blattes besagt, daß unabhängig von dem Vorhaben der Zeitungsdrucker in Mitteldeutschland auch die sächsischen Zeitungsdrucker einen ähnlichen Beschluß gefaßt haben. In zahlreichen Betrieben sei heute bereits dem gesamten technischen Personal gekündigt worden. Ein Weiterarbeiten der Zeitungen ist unmöglich, wenn nicht durch regionale Tarife die Krisis überwunden werden kann.

Wahgebende wissenschaftliche Berater haben sich gezwungen gesehen, jede weitere Herstellung von Wägen einzustellen, weil die Druckpreise durch die letzten Tarifveränderungen bei einem Dollarkurs von 2 700 000 auf das Dreifache des Friedensgoldpreises gestiegen sind und damit die neu herzustellenden Werte im Inlande wie im Auslande unverkäuflich werden müssen.

und ihre Sehnsucht nach einem Bündnis mit den Völkischen mit antisemitischen Konzeptionen zu bezahlen. In den kommunistischen Blättern wird der Arbeiterkampf zwar nichts erzählt von der Notwendigkeit, in gewissen Situationen bürgerliche Parteien durch eine Koalition vorwärtszuspellen, aber dafür werden die Arbeiter in kommunistischen Blättern Artikel des Grafen und U-Boot-Reaktionärs Kevon lesen können, und es wird ihnen in andern Artikeln von Kadek und Genossen auseinandergesetzt, warum der sächsische Bundesführer Schlageter ein respektabler Held ist!

Also: Wer Arm in Arm mit Revontlow, Hitler und Komparten marschieren, wer nicht die Veröhnung mit Frankreich, die friedliche Lösung des Ruhrkonfliktes, sondern den Krieg am Rhein haben will, der kommt in der R. P. D. auf seine Rechnung. Wer vermag da noch zu widerstehen? Wir lassen unten eine drakonische Charakterisierung dieser Partei und ihrer Sehnsucht nach einem Bündnis mit den Deutschnationalen folgen. Die Schilderung stammt nicht aus der Feder eines Mannes, der der Sozialdemokratie angehört, sondern von Franz Bismert, der als einer unserer Gegner auch die R. P. D. gelegentlich scharf bekämpft hat. Diese Berliner Skizze bringt Tatsachen, zu denen nichts mehr zu sagen ist!

Die schwarz-weißrote Pest im ehemaligen Spartakusbund

Unter dieser Ueberschrift schreibt Franz Bismert in der Linkradikalen, der A. U. nachstehenden Zeitschrift, Die Aktion: Sie verschärfen den internationalen Klassenkampf, sie verschärfen die Weltengraber der Revolution, sie werden sich selber verlaufen, die Geschäftspolitikanen, die jetzt die R. P. D. auf den Weg ins Nichts geführt haben. Sie werden vor keiner Zukunft, vor keinem Überstund zurücktreten, sie werden sich mit Wilhelm's Reichhelder, mit Hitler und mit dem „Kulturliga“, mit der Deutschen Tageszeitung und mit dem jüdisch-felischen „Hammer“ zu verständigen suchen, sie be-